



MAG. NORBERT DARABOS  
BUNDESMINISTER FÜR LANDESVERTEIDIGUNG UND SPORT

S91143/72-PMVD/2012

10. August 2012

XXIV. GP.-NR

11668 /AB

13. Aug. 2012

Frau  
Präsidentin des Nationalrates

Parlament  
1017 Wien

zu 11844 /J

Die Abgeordneten zum Nationalrat Doppler, Kolleginnen und Kollegen haben am 13. Juni 2012 unter der Nr. 11844/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend "betriebliche Zusatzversicherungen" gerichtet. Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu 1:

Keine.

Zu 2:

Entfällt.

Zu 3:

Es wurde ein Kollektivvertrag über die Pensionskassenzusage zwischen dem Bund und der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst vereinbart. Auf dieser Basis erfolgt die laufende Zahlung von Beiträgen des Dienstgebers an die Bundespensionskasse in Höhe von 0,75 % des jeweiligen Bruttobezuges. Der Bedienstete selbst kann darüber hinaus bis 0,75 % seines Bruttobezuges einzahlen. Diese Beträge werden am Kapitalmarkt veranlagt und mit Pensionsantritt in Abhängigkeit der einbezahnten Beträge und des Veranlagungserfolges zusätzlich zur allgemeinen Pension an den Beamten zur Auszahlung gebracht.

Zu 4:

Zu dieser Form der Altersvorsorge haben alle Beamten und Vertragsbediensteten sowie alle Ausbildungsdienstleistenden ab dem 13. Monat der Wehrdienstleistung Zugang.

Zu 5:

Da keine Zusatzversicherungen angeboten wurden, sind hiefür auch keine Kosten entstanden. Für die betriebliche Altersvorsorge wurden im Jahr 2009 rund 970.000 Euro, im Jahr 2010 rund 990.000 Euro und im Jahr 2011 rund 1.050.000 Euro aufgewendet.

Zu 6:

Nein.

Zu 7 bis 9:

Entfällt.

*[Ald Nuber]*